

# LITERATUR

## Buchbesprechungen

**Bienck, Klaus (Hrsg.): Handbuch des Außenwirtschaftsrechts einschließlich Kriegswaffenkontrollrecht.** 2. Aufl. Münster/Köln: Aschendorff Rechtsverlag/Verlag Dr. Otto Schmidt (2005). 1243 S. € 158,80

Auf den ersten Blick hat sich das Werk gegenüber der ersten, 1998 erschienenen Auflage (dazu Gramlich, DVBl. 1999, 1530 f.) nicht wesentlich verändert. Dass der Umfang fast gleich geblieben ist, erklärt sich freilich aus dem Umstand, dass anstelle des Abdrucks wichtiger Regelungen nunmehr (auch der Aktualität halber) Hinweise auf elektronische Fundstellen gegeben werden und zudem weitere wichtige Webseiten bzw. Mail-Adressen "für die Praxis der Exportkontrolle" im Anhang (S. 1171 ff.) zusammengestellt werden. Bei genauerem Hinsehen wird dann deutlich, dass aus ursprünglich 48 nunmehr 50 Paragraphen (Subkapitel) geworden sind, die sowohl allgemein neu gruppiert wurden (der frühere "Einführungs-"Teil wurde in die beiden Hauptteile "Außenwirtschafts-" und "Kriegswaffenkontrollrecht" integriert, als neuer dritter Teil findet sich das Chemiewaffenübereinkommen, ehemals alleiniges letztes Kapitel des Kriegswaffenkontrollrechts, jetzt auf vier Paragraphen (ca. 30 Seiten) erweitert, die dem generellen Aufbau der Buches folgen) als auch größtenteils andere, wieder überwiegend aus der Praxis kommende Bearbeiter erhalten haben.

Nach wie vor dominiert das "Außenwirtschaftsrecht", wobei 300 der 850 Seiten den "Sanktionen" gewidmet (und allein vom Herausgeber verfasst) sind. Ähnlich verhält es sich beim "Kriegswaffenkontrollrecht", dessen Darstellung von P a t h e auf W a g n e r überging, wenngleich noch beide Autoren angeführt werden; hier nehmen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten ca. 100 (von 300) Seiten ein.

Der Aufbau folgt einem durchgängigen Muster: Am Anfang eines jeden Teils werden die "geschichtliche Entwicklung" und das "Normensystem" behandelt, sodann geht es um Verbote und Beschränkungen; es folgen "Genehmigung und Überwachung" und schließlich Sanktionen. In den beiden großen Teilen wird jeweils noch ein kommentierter Überblick zum allgemeinen Schrifttum gegeben (in § 3 bzw. § 35), während dann speziellere Hinweise zu Beginn eines jeden Paragraphen vermerkt werden. Teil 1 befasst sich unter "Einführung und Grundlagen" auch mit "Zielen des Außenwirtschaftsrechts" (§ 4, W o l f f g a n g); dem schließt sich ein "systematischer Überblick" über Verbote und Beschränkungen (§ 5) und eine Darstellung "geschützter Rechtsgüter" (§ 6) – ebenfalls von H e n k e – an, bevor dann in Kapitel 2 "rechtliche Grenzen der Außenwirtschaft" aufgezeigt und dabei auch zollrechtliche Verfahren skizziert werden (§§ 13, 14). Im Teil 2 hingegen folgen die "Grundlagen" dem "Einführungs-"Kapitel nach. Dort werden "nationale Rechts-

ZaöRV 65 (2005), 501-516

quellen" zum einen (darunter auch der Verhaltenskodex der EU für Waffenausföhren!) und völkerrrechtliche Vereinbarungen zum andern erörtert. "Völkerrrechtliche Vorgaben" sind allerdings auch im ersten Teil (unter dem Titel "Grenzen" in § 7) von Ricke behandelt worden, so dass sich etliche Überschneidungen, ja sogar Redundanzen ergeben, trotz einer Vielzahl von (leider nicht immer treffsicheren) Querverweisen. Bei einem Vergleich der Kapitel- und Paragrafen-Überschriften ist lediglich der Wandel vom bisherigen "Dienstleistungsverkehr" (§ 13) zur "Technischen Unterstützung" (§ 11, Ehrlich) augenfällig. Dienstleistungen werden – ausweislich des Sachregisters – nur mehr punktuell an verschiedenen Stellen einbezogen. Daraus resultiert allerdings die Frage, ob das Werk wirklich als ein Handbuch des "Außenwirtschaftsrechts" durchgehen kann oder – wie Herausgeber und Autoren im Vorwort einräumen (S. V) – der Schwerpunkt "Exportkontrollrecht" nicht auf dem Einband hätte verdeutlicht werden sollen. Eine "systematische Gesamtdarstellung des deutschen und gemeinschaftsrechtlichen Außenwirtschaftsrechts", wie sie das Vorwort ankündigt, müsste wohl mehr als zwei Paragrafen zu Beschränkungen bzw. Meldepflichten im Kapital- und Zahlungsverkehr (§§ 12, 15, Haug/Häge) enthalten. Sie sollte den Warenverkehr auch unter dem Blickwinkel von Handelsverzerrungen (durch Dumping oder Subventionen) beleuchten und des Weiteren auch Regelungen des grenzüberschreitenden Dienstleistungs- und Personenverkehrs genügend Raum geben. Aus der Sicht der Praxis, vor allem auch der Strafverfolgung, macht die breite Erörterung von Problemen kriminellen wie bloßen "Verwaltungs-"Unrechts unter materiellen wie Verfahrensgesichtspunkten gewiss Sinn, und verdienstvoll ist dabei auch, wie vor allem Bieneck die Verknüpfung mit dem öffentlichen (Wirtschafts-)Recht unter den Stichworten "Verwaltungsrechts-" bzw. "Verwaltungsaktsakzessorietät" klar aufzeigt (§ 23 Rn. 58 ff.). Gleichwohl: Ein Ansatz, der alles um die Ahndung von Fehlverhalten (insbesondere Verstöße gegen § 34 AWG, §§ 28–30) gruppiert, kann die Vielfalt ökonomisch motivierter, sozialverträglicher Transaktionen mit internationalem Bezug kaum umfassend aufzeigen.

Andererseits ist die Darstellung keineswegs durchweg auf Außenhandelsbeziehungen der Bundesrepublik oder der EG fokussiert, sondern weist gerade bei der Erörterung der völkerrrechtlichen Rahmenbedingungen und Bindungen eine Vielzahl von aktuellen Bezügen auf; einige geschichtliche Exkurse hingegen dürften den Praktiker eher zum Überblättern veranlassen, dem Wissenschaftler jedoch, obgleich sie (bei § 1, Wolffgang, wie bei § 7) nicht zu knapp geraten ist, zu sehr an der Oberfläche bleibend erscheinen.

Gegenüber der Voraufgabe sind die gebotenen Aktualisierungen (meist bis Mitte 2004) erfolgt, etwa im Hinblick auf die Neufassung der *dual use*-Verordnung 2000; auch wird an zahlreichen Stellen auf die (internationalen, europäischen wie nationalen) Regelungen zur Terrorismusbekämpfung eingegangen (einleitend Ehrlich, § 2 Rn. 32 ff.), werden insbesondere Finanzsanktionen (s. Haug/Häde, § 12 Rn. 36 ff.; Bieneck, § 30 Rn. 20 ff.) erörtert und wird auch ein Überblick zum US-Reexportkontrollrecht (§ 2 Rn. 42 ff.) gegeben. Während vor allem im Bereich der Darstellung der Sanktionen die Darstellung kaum ein Detail ausspart und nicht bei

der Deskription stehen bleibt, sondern mehrere Regelungen recht kritisch bewertet (z.B. § 23 Rn. 25, § 31 Rn. 12), lassen vor allem die völker- und europarechtlichen Ausführungen doch einige Wünsche offen: So werden zwar verschiedentlich einzelne "gentlemen's agreements" näher erläutert (§ 2 Rn. 25, § 7 Rn. 3 u.ö.), jedoch ist dieser Begriff nicht exakt gegenüber rechtsverbindlichen Vereinbarungen abgegrenzt. Bei den "Zielen" des Außenwirtschaftsrechts wird die aktuelle Zahl "plurilateraler" WTO-Abkommen (2) falsch angegeben (§ 4 Rn. 12); eine Unterscheidung zwischen GATT und den anderen "multilateralen" Übereinkommen des Anhangs 1A unterbleibt (§ 4 Rn. 16). Nicht weiter problematisiert wird auch die EG-Konformität des neuen § 7 Abs. 2 Nr. 5 AWG (§ 4 Rn. 75). Im Rahmen der "geschützten Rechtsgüter" wird zwar auch das Thema "Umwelt (einschließlich Tier- und Pflanzenwelt)" behandelt (§ 6 Rn. 18 ff.), jedoch das konkrete Verhältnis zwischen GATT/WTO und CITES (bzw. anderen handelsrelevanten "*multilateral environment agreements*") jedoch nicht einmal angerissen (s. § 6 Rn. 22). Art. 133 EG wird mehrfach erwähnt, die für Kapital- und Zahlungsverkehr maßgeblichen Bestimmungen der Art. 56 ff. zumindest skizziert (§ 12 Rn. 12 ff.); nicht erörtert wird aber die Frage, ob Art. 301 bzw. 60 EG überhaupt (Finanz-)Sanktionen gegen nicht-staatliche Akteure tragen, was im Verfassungsvertrag klargestellt werden soll. Ex(tra)territoriale Überwachungs-Maßnahmen der USA (insbesondere seit September 2001) werden dargelegt (Ricke, § 19 Rn. 35 ff.), die völkerrechtlichen Grenzen einzelstaatlicher Rechtsetzungs- und Vollzugsbefugnisse aber lediglich im Kontext des Strafrechts etwas genauer beleuchtet (z.B. § 25 Rn. 40 ff.; § 34 Rn. 17 ff., 24 ff.). Überaus gelungen ist demgegenüber die differenzierte Darstellung des "strafrechtsbegrenzenden Charakters" von Resolutionen des UN-Sicherheitsrats ("Resolutionsvorbehalt", § 23 Rn. 45 u.ö.); nur gestreift wird aber die Frage, ob eine Befassung mit Waffenausfuhren überhaupt in die Kompetenz der EG/EU fällt (§ 16 Rn. 43; § 36 Rn. 1, 9, 19 ff.). Gerade Praktiker hätten sich wohl auch eine eingehendere Darstellung der Regeln zum Schutz "vertraulicher" Informationen bzw. von "Geschäftsinformationen" gewünscht, die sich lediglich beim CWÜ-Ausführungsgesetz findet (§ 49 Rn. 4).

Dem Anspruch, das Handbuch solle weiterhin "sowohl bei der Exportwirtschaft und ihren Beratern sowie den mit der Exportkontrolle befassten Behörden, als auch bei der justiziellen Praxis und der Wissenschaft ... einen Platz als verlässliche Beratungs- und Entscheidungsgrundlage" (S. V) einnehmen, wird das Werk gleichwohl im Großen und Ganzen gerecht; in einer weiteren, bei der Volatilität des Gegenstands durchaus wünschenswerten Auflage sollten aber nicht nur die bezeichneten Lücken gefüllt, sondern auch Sachregister und Querverweise optimiert werden, weil nur so "jedem mit dem Außenwirtschafts- und Kriegswaffenkontrollrecht Befassten, jedem von ihm Betroffenen und vielleicht sogar manchem Begeisterten die Hilfe (ge)geben (werden kann), die er zu Recht erwartet" (S. VI).

Ludwig Gramlich, Chemnitz

**Lüder, Sascha Rolf: Völkerrechtliche Verantwortlichkeit bei Teilnahme an 'Peace-keeping'-Missionen der Vereinten Nationen.** Berlin: BWV Berliner Wissenschafts-Verlag (2004), (zugleich Diss. Bochum 2004) 234 S. € 48,-

**Rosbacher, Dina: Friedenssicherung – am Beispiel der Interimsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK).** Hamburg: Verlag Dr. Kovač (2004), (Schriften zur internationalen Politik, Bd. 7; zugleich Diss. Münster 2003 404 S. € 108,-

Die Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen blickt auf eine nunmehr über 50-jährige Entwicklung zurück. Von den ersten Militärbeobachtern bis zur Überwachung der Waffenstillstände im Nahen Osten und Kaschmir (1948/1949) führte der Weg schon bald zu Missionen, die nicht nur einen militärischen *status quo* erhalten sollten, sondern auch Befugnisse für zivile friedensschaffende Maßnahmen erhielten (beginnend mit dem Einsatz von ONUC im Kongo 1960-1964). Später wurden einige UN-Missionen zur militärischen Zwangsanwendung außerhalb der reinen Selbstverteidigung ermächtigt. Mit der Errichtung von UN-Zivilverwaltungen in Ost-Slawonien (Kroatien), Ost-Timor und Kosovo Ende der 1990er Jahre kam es schließlich sogar zur staatsvertretenden Ausübung von Legislativ-, Exekutiv- und Justizgewalt durch die Vereinten Nationen.

Selbst bei nur flüchtiger Beobachtung der UN-Friedenssicherungsmissionen drängen sich mehrere Fragen auf. Erfüllen diese Missionen ihren Auftrag? Tragen sie zur langfristigen Befriedung der jeweiligen Konflikte bei? Wer kontrolliert derartige Einsätze? Wer übernimmt die politische und rechtliche Verantwortung für etwaige Fehleinschätzungen oder Rechtsbrüche einer UN-Truppe oder UN-Verwaltung? Zwei lesenswerte Dissertationen aus dem letzten Jahr nähern sich diesem Thema aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht. Sie sollen hier kurz vorgestellt werden.

Die an der Universität Münster entstandene Arbeit Rosbachers legt eine gut strukturierte Zwischenbilanz der UN-Zivilverwaltung im Kosovo (UNMIK) vor. Für den Völkerrechtler stellt sich der wissenschaftliche Ertrag dieser politologischen Abhandlung in zweierlei Hinsicht dar. Zum einen wird die Reichweite der UNMIK-Befugnisse eindrucksvoll vorgeführt. Begünstigt durch ihre Erfahrung als UNMIK-Vertragsangestellte gelingt es der Autorin, sowohl die komplizierte interne Vier-Säulen-Struktur von UNMIK mit gut gewählten Beispielen konkret darzustellen (S. 138-162) als auch die Schwierigkeiten aufzuzeigen, die sich vor Ort beim Aufbau kommunaler Institutionen, der Polizei und der Justiz ergaben (S. 175-244). Zum anderen vertritt Rosbacher im analytischen Teil die These, dass UNMIK kein Sonderfall der UN-Friedenssicherungsmissionen sei, sondern als "Beispiel der maximalsten Ausprägung eines Entwicklungsprozesses, der kontinuierlich zu einer Übernahme hoheitlicher Befugnisse führte" (S. 306), eingeordnet werden könne. Mag sich auch der Jurist dieser Kategorisierung durchaus anschließen, so dürfte allerdings die sich anschließende Feststellung (S. 307), die Anerkennung einer Substitutionsfunktion der internationalen Staatengemeinschaft mache Einsätze à la UNMIK geradezu zu einem erfolgreichen Modell, auf rechtspolitische Bedenken stoßen. Denn sowohl die Zuordnung politischer und rechtlicher

Verantwortung zwischen den "vier Säulen" UNHCR, OESZE, EU und UN als auch die Frage nach einer externen Kontrolle der KFOR oder eines UNMIK-Pfeilers hinsichtlich etwaiger völkerrechtswidriger Akte im Einzelfall blieben praktisch weitgehend ungelöst. Es erscheint für die Legitimität der Vereinten Nationen aber als unerlässlich, militärisch gestützte Zivilverwaltungen nicht ohne "*checks and balances*" operieren zu lassen. So wäre im Mandat derartiger Missionen grundsätzlich vorzusehen, dass auch deren Hoheitsakte einer angemessenen internen oder internationalen Rechtskontrolle anhand zumindest gewohnheitsrechtlicher Standards unterliegen müssen.

Fragen der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit stehen im Zentrum der bei Ipsen in Bochum entstandenen juristischen Dissertation Lüders. Nach einer infolge der Verwendung des Gutachtenstils etwas mühsam geratenen Rekapitulation der heute kaum noch streitigen UN-rechtlichen Rahmenbedingungen zur Entsendung von Friedenstruppen stellt der Autor im ersten Teil die Frage (S. 65), wem etwa völkerrechtswidrige Handlungen der unter der Leitung der Vereinten Nationen eingesetzten Streitkräfte zuzurechnen sind: dem Aufnahmestaat, den Vereinten Nationen oder dem Entsendestaat?

Eine Zurechnung zum Aufnahmestaat lehnt der Autor korrekterweise grundsätzlich ab. Zugleich nimmt er jedoch eine ausnahmsweise Zurechnung an, "wenn und soweit der Aufenthaltsstaat sein Einvernehmen in den Aufenthalt der Peacekeeping-Mission in völkerrechtswidriger Weise widerruft" (S. 200). Das verwundert. Warum soll ein Staat für das Verhalten von UN-Truppen haften, wenn diese sogar gegen seinen ausdrücklich erklärten Willen (Widerruf eines früher gegebenen Einverständnisses) auf seinem Territorium präsent sind und dort rechtswidrige Akte setzen? Vielmehr kommt ganz im Gegenteil eine Zurechnung zum Aufenthaltsstaat allenfalls in Betracht, wenn er sein Einvernehmen für die UN-Präsenz als "Abschieben" jedweder Verantwortung aus dem Territorialprinzip betrachtet, indem er sich für unzuständig erklärt, etwaige Völkerrechtsverstöße der UN-Truppen auf seinem Gebiet zu verhindern, oder den Rechtsschutz gegen derartige Verstöße versagt. Diese schon früh von Bothe herausgearbeitete These des "völkerrechtswidrigen Einverständnisses" wird von Lüder zwar referiert (S. 69), aber in seinen Ergebnissen zum "völkerrechtswidrigen Widerruf des Einverständnisses" auf den Kopf gestellt.

Bei der Zurechnung zu den Vereinten Nationen stellt der Autor die gut begründete These auf, es komme auf den Grad der Eingliederung der nationalen Streitkräfte in die Befehlsstruktur der Vereinten Nationen an. Es müsse entsprechend Artikel 6 des ILL-Entwurfes zur Staatenverantwortlichkeit eine Organleihe an die Vereinten Nationen vorliegen (S. 76-85). Im militärischen Bereich müsse die Übergabe der "*operational command*" erfolgt sein, welche es dem Befehlshaber ermögliche, nachgeordneten Befehlshabern Aufgaben zuzuweisen oder Aufträge zu erteilen sowie die "*operational control*" selbst auszuüben. Eine bloße Übertragung der "*operational control*", d.h. der Befugnis, assignierte Kräfte so zu führen, dass bestimmte nach Art, Zeit und Raum begrenzte Aufgaben oder Aufträge ausgeführt werden, reiche hingegen nicht aus. Denn nur das "*operational command*" erlaube

die effektive Steuerung eines nationalen Kontingents durch die Vereinten Nationen, während der truppenstellende Staat seine Weisungsbefugnis verloren habe und nur noch die Disziplinargewalt und die logistische Verantwortlichkeit trage (S. 90). Um einen Haftungsfall zu lösen, sei daher entscheidend auf das Gestellungsabkommen zwischen dem truppenstellenden Staat und den Vereinten Nationen abzustellen (S. 102-105). Nach dieser überzeugenden Weichenstellung nimmt L ü d e r eine rechtsvergleichende Betrachtung der deutschen, niederländischen und US-amerikanischen Praxis der Truppengestellung vor. Dabei ergibt sich, dass der Grad der Assignierung variiert. Während die Niederlande den Vereinten Nationen grundsätzlich "*operational command*" einräumen, haben die deutschen und amerikanischen Streitkräfte bei den Operationen UNPROFOR, UNOSOM I und II nur unter der "*operational control*" der Vereinten Nationen gestanden. Etwaige rechtswidrige Handlungen dieser Truppenteile hätten insofern nicht die völkerrechtliche Verantwortung der Vereinten Nationen, sondern Deutschlands bzw. der USA ausgelöst (S. 130).

Im zweiten Teil stellt L ü d e r VN-Einsätze in den Mittelpunkt, die von regionalen Organisationen selbständig unterstützt werden. Hintergrund ist die Entsendung der Rapid Reaction Force (RRF) der NATO im Juni 1995 nach Bosnien zur Unterstützung der UNPROFOR auf der Grundlage der Resolution Nr. 998 (1995) des UN-Sicherheitsrates. L ü d e r diskutiert, ob es sich hierbei um einen Einsatz nach Artikel 53 oder 48 Abs. 2 SVN handelte, lässt das Ergebnis jedoch offen (S. 152-164). Das ist insofern verständlich, als kein Rechtszweifel besteht, dass der Sicherheitsrat regionale Staatenverbindungen zur Unterstützung von UN-Friedenssicherungsmissionen aufrufen kann. Allerdings spielt es nach Auffassung des Rezensenten für die später zu lösenden Zurechnungsfragen durchaus eine Rolle, ob der Sicherheitsrat die Organisation als solche beauftragt hat, oder ob sich die angeforderten einzelnen Mitgliedstaaten selbst zur kollektiven Durchführung durch Einsatz einer Regionalorganisation entschließen. Denn L ü d e r stellt zwar zutreffend fest, dass die Handlungen der RRF kraft beschränkter Assignierung weder den UN noch der NATO zuzurechnen sind, weil sich die NATO-Staaten Deutschland und die Niederlande das "*operational command*" selbst vorbehalten (S. 169-180). Jedoch wäre durchaus zu überlegen, ob nicht eine gemeinschaftliche Haftung von NATO und den Mitgliedstaaten vorläge, wenn der Sicherheitsrat ausdrücklich die NATO zur Beteiligung aufgerufen hätte. Ein etwaiger Geschädigter würde sich nämlich verständlicherweise an die in der UN-Resolution Beauftragten halten dürfen und nicht auf das interne Organisationsrecht verwiesen werden können. Denn es wird ihm regelmäßig unmöglich sein, festzustellen, ob kraft interner Dokumente die Organisation oder der Mitgliedstaat effektive Kontrolle über die fragliche Operation ausübte. Insofern hätte sich der Rezensent gewünscht, dass der Zusammenhang zwischen Beauftragung einer regionalen Organisation durch den UN-Sicherheitsrat und etwaiger gesamtschuldnerischer Haftung durch die Organisation und ihre Mitgliedstaaten näher beleuchtet worden wäre.

Insgesamt zeigt sich, dass die UN-Friedenssicherung weiterhin viele praktische Rechtsfragen aufwirft. Der Arbeit Rossbachers kommt das Verdienst zu, die

Möglichkeiten und Grenzen einer Zivilverwaltung ins Bewusstsein gerufen zu haben. Insbesondere wenn UNMIK eines Tages seine Mission beendet, wird sich für die Europäische Union die Frage stellen, ob sie sich ähnlich stark bei der Verwaltung des Gebietes engagieren soll, wobei dann wegen der fehlenden Rechtskontrolle durch den EuGH im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik die delikate Frage nach anderen Kontrollmechanismen zu lösen wäre. Lüders Kriterium des *“operational command”* dürfte auch für Haftungsfragen im Zusammenhang mit EU-Militärmissionen von Bedeutung sein – bekanntlich ist die EU inzwischen in die Nachfolge der SFOR in Bosnien getreten. Freilich ist, wie angedeutet, wissenschaftlich ungeklärt geblieben, ob gegebenenfalls an eine gesamtschuldnerische Haftung der EU und des Truppen stellenden EU-Mitgliedstaates für etwaige völkerrechtswidrige Akte seiner Truppe zu denken ist, weil der UN-Sicherheitsrat kraft § 10 der Resolution 1575 vom 22. November 2004 ausdrücklich die Mission den *“Member States acting through or in cooperation with the EU”* übertragen hat und diese daher auch für die Einhaltung des Völkerrechts bei der Durchführung dieser Mission verantwortlich sein könnten.

Frank Hoffmeister, Brüssel

**Thakur, Ramesh/Wiggen, Oddny (eds.): South Asia in the World – Problem Solving Perspectives on Security, Sustainable Development, and Good Governance.** Tokyo/New York/Paris: United Nations University Press (2004). 460 p. US\$ 43,-.

The book under review compiles the contributions by scholars and practitioners to a conference focusing on the region of South Asia held in May 2002 at the United Nations University in Tokyo, Japan. Both the conference and the conference proceedings highlight the specific political, economic, social, environmental, and cultural issues with which the region of South Asia is dealing in post-Cold War, post-“9/11” times, and times of globalization. Despite little legal analysis, the book provides valuable insights into the realities on the ground in the countries belonging to South Asia, i.e. Bangladesh, Bhutan, India, Maldives, Nepal, Pakistan, and Sri Lanka, the relationship among these countries as well as their relationships with the big players in the world including the most important international organizations. Hence, it represents useful background reading for international lawyers with special interests in South Asia, and in global and regional security, development, governance, environment, regional cooperation, human security, and terrorism matters.

A foreword by Lloyd A x w o r t h y aptly sets the stage, and the following introduction to South Asia’s manifold challenge to the international community by the editors (Ramesh Thakur and Oddny Wiggen) gives a concise overview of a total of 25 contributions on the various aspects of South Asia’s problems. The contributions evidence with their high level of detail a sheer abundance and complexity of issues in the region. Regrettably, the substance of the contributions concentrates a bit out of proportion on political issues rather than on economic problems although most contributors dealing with South Asia’s political issues, in particular

ZaöRV 65 (2005)

cross-border and internal conflicts as well as terrorism (domestic and international), emphasize that poverty, i.e. economic problems, in the region is at the root of the major political issues that this region is facing. Coinciding with the focus on political issues is a focus by the contributors on the United Nations and its shortcomings in handling South Asia's problems, and only comparatively reduced discussion of the international economic institutions such as the international financial institutions and the World Trade Organization and their respective approaches to South Asia's problems.

With the exception of a few contributions, the book thus fails to address the core issue of economic development. The contributors do not put forward effective realistic, or even more visionary, suggestions for a cure of the major acute and chronic economic diseases that have affected developing countries generally, and South Asia in particular, such as high indebtedness, low or no growth, obstacles for their trade with developed countries etc. Moreover, the few suggestions made for solving South Asia's economic problems draw on mainstream development concepts such as increasing aid, strengthening countries' governance framework, curbing corruption, investing in health and education, and the like. The question of the lack of a comprehensive global governance system for finance and trade is hardly raised. Similarly missing, in the context of the discussion of political issues such as weaknesses of state structures in the South Asian countries, security issues ranging from inter-state and internal conflicts to international terrorism, and human rights problems, is a forceful call for more unity and solidarity among South Asian countries, or, to put it differently, a quest for the establishment of a firm grouping among them beyond the current agenda of the South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) (e.g. along the lines of former developing countries' groupings that were powerful in the 1970s such as the G-77) in order to voice the region's concerns more strongly at the international level. However, since neither the conference nor the proceedings seem to have explicitly asked for the discussion of far fetched visions, the fact that the book is staying within the limits of conventional criticism of the current international political and economic order cannot be blamed on either the conference organizers or participants. The point that remains to be stressed here therefore is that the book presents a valuable broad and deep *tour d'horizon* of South Asia's problems.

The individual contributions are grouped into nine parts coming under the headings of I. Overview, II. Security, III. Development, IV. Governance, V. Environment, VI. Regional Cooperation, VII. Human Security, VIII. "9/11", Afghanistan and South Asia, and IX. Towards a Brighter Future.

In part I. (Overview), Inder Kumer Gujral identifies terrorism as South Asia's most serious current challenge. Terrorism in South Asia comes in multiple formats ranging from "jibadi" culture to insurgency movements. While the causes of terror and turmoil may differ (compare the different ethnical, religious, social etc. roots of different terrorist movements), improvements in terms of governance and economic prosperity appear to be among the best strategies for countries to address them. Moreover, capacity-building will not only help eliminate social distortions



and political turmoil but may also attract foreign investment and contribute to developing modern industries (such as science and technology) as well as traditional industries (such as chemicals, pharmaceuticals, heavy industries, steel and electronics). Altogether, improved governance and increased economic dynamics should further allow for addressing drug trafficking and the spread of AIDS. According to Gujral, South Asia will nevertheless continue having a hard time to compete in the global economy. In this respect, he expresses doubts over the market concepts which currently underlie the global economy and their capability to help solve social and economic development problems. Finally, Gujral stresses that a better regional cooperation is necessary for South Asia.

Sartaj Aziz suggests the following four priorities to help solving South Asia's problems: (i) reducing tensions between the two nuclear powers of South Asia, i.e. India and Pakistan; (ii) evolving a common front against terrorism and extremism in the region and bringing stability to Afghanistan; (iii) accelerating the pace of economic and social progress in South Asia; and (iv) launching a comprehensive program to reduce poverty in the region. None of the suggested actions can be undertaken solely by South Asian countries alone. In addition to the Northern powers which to some extent have contributed to some of South Asia's problems (e.g. terrorism and the way it could establish itself in Afghanistan in the past), the broader international community needs to assist South Asia in tackling its problems. In particular, the United Nations are called upon to help ease the tensions between the region's two nuclear powers, address the instabilities in Afghanistan, eliminate the inequalities of the globalization process for the economic and social benefit of the South in general, and South Asia in particular.

In part II. (Security), Stephen P. Cohen highlights that despite the nuclear threats posed by the two nuclear powers India and Pakistan in the past, the future in South Asia will potentially look pretty much like the current situation. Consequently, there will be tensions between India and Pakistan without an outbreak of a nuclear conflict as a result of external mediating influences. Nevertheless, Cohen suggests that the international community should be engaged more actively in managing the ongoing looming nuclear crises. Security planners in the region should avoid overconfidence in deterrence and keep their arsenals of military equipment as low as possible so as to mitigate any consequences of a potential nuclear catastrophe.

For Christophe Carle, the tensions between South Asia's two nuclear powers, India and Pakistan, equally constitute the first and foremost security issue in the region. He traces the history of political and diplomatic attempts to curb the nuclear threat, and concludes that the region's security can only be sustained if the issue was internationalized, i.e. if external actors, particularly the United States, were to take a more active role in addressing the threat.

Aside from the nuclear threats, inter-state conflict, according to Lok Raj Baral, which is endemic in South Asia poses a major regional issue. Among the reasons for this conflict, Baral lists the comparative lack of regional cooperation (unlike other regions in the world, South Asia has not engaged in strong bilateral, regional,

or global networking efforts), comparatively high military expenditures, high inter-state migration (both legal and illegal), and numerous water and trade disputes.

Kingsley de Silva exemplifies the typical South Asian intra-state conflict and its transnational linkages on the basis of two case studies: Jammu-Kashmir and Sri Lanka. He begins his studies with the forceful statement that, in the post-colonial phase of its history, South Asia has had a record of violence in public life unusual even for states breaking free from colonial rule in any part of the world. After referring to a number of politically motivated assassinations in India and Sri Lanka, de Silva then traces the history of domestic terrorism that breeds inter-state conflicts.

Switching to a different angle on security issues, the contributions by Satish Nambiar and Syed Fatamy Ahmed Roomy relate to the extraordinary role three South Asian countries are playing in terms of their contribution to the United Nations peace-keeping efforts. Of nearly 45.000 military observers, civilian police, and military troops involved in ongoing United Nations peace-keeping operations, almost 30 percent came from South Asian countries. In recent years, Bangladesh was the biggest contributor to the United Nations peace-keeping operations, Pakistan was in second place, India third, and Nepal 11th. Given the size of South Asia's contributions to one of the United Nations' most important tasks, the two authors ask why South Asia has not gained an influence within the United Nations, and on global platforms sponsored by it, equivalent to its input into the United Nations peace-keeping operations.

In chapter III. (Development), Hafiz A. Pasha points out that the absolute number of poor in South Asia has remained stable at about 400 million despite some economic growth in the region. He asserts that economic growth alone is not enough to reduce poverty. His criticism relates to one particular pillar of the so-called "Washington Consensus" recipe prescribed to developing countries by the international financial institutions, i.e. the macro-economic stabilization component which emphasizes low inflation and is obsessed with eliminating the fiscal deficits through cutbacks in public expenditure. Contrary to the Washington consensus recipe, the contributor suggests the application of so-called "pro-poor" policies, i.e. policies that lead to high levels of employment and relative price stability of goods and services consumed by the poor. "Pro-poor" policies are those which direct resources disproportionately to: (i) sectors in which the poor work (such as agriculture); (ii) areas in which they live (such as underdeveloped regions); (iii) the factors of production the poor possess (such as unskilled labor); and (iv) the outputs they consume (such as food). An environment conducive to the application of such "pro-poor" policies needs to be founded on the rule of law, transparent and accountable governments, a strong civil society, and decentralization.

Farooq Sobhan and Riffat Zaman note that, whereas South Asia is home to a quarter of the world's population, it remains an economically poor region. It accounts for over 40 percent of the world's poor, and roughly two percent of the world's gross domestic product. The two co-authors believe that, in this context, trade by and investment in South Asia on the basis of regional cooperation will be

of crucial importance for the region's future prospects. In a detailed and well-documented economic analysis, they point out that South Asian countries do not trade much with the rest of the world nor among themselves either. They make a strong case for liberalization of the regional trade, less so, and, with some qualifications, for South Asia's trade with the rest of the world. Because of reforms, foreign direct investment flows to South Asian countries have been relatively stable and even increased in the recent decade. In order to promote the positive trend, the authors suggest to enter into a regional investment treaty on the basis of which intra-regional investment flows could be generated as well as the continuous flow of foreign direct investment from the outside of the region be secured.

In chapter IV. (Governance), Gautam Adhikari analyzes the state of democracy in four states: Afghanistan, Bangladesh, Pakistan, and India. For Afghanistan and Pakistan, the two countries without democratic tradition, the author suggests the application of international pressure for incremental democratic nation-building. For India and Bangladesh, two countries which have taken a democratic route on their own, he proposes that the two improve their governance, i.e. increase transparency of governmental actions, accountability of those who govern to those who are governed, and decentralize, without much interference from the international community.

Paikiasothy Saravanamuttu looks at pluralism, democracy, and governance in Sri Lanka. In his view, the Sri Lankan problem of governance results to a great extent from the failure to recognize social diversity, and embed it in political and constitutional structures. In particular, a federal solution, a more open political culture, protection of the electoral process, more pluralistic media, a multiparty democracy, a strengthened civil society, and more checks and balances on the exercise of authority as well as an effective system for articulating social grievances are needed in Sri Lanka.

In chapter V. (Environment), Zafar Adeel and Awais Piracha highlight the correlation between economic and social development in South Asia and the stresses on, as well as the depletion of, environmental resources. Based on a case study of the Punjab Province in Pakistan, they demonstrate that many environmental problems in this region result more from population pressures than high levels of resource use or industrialization.

Adil Najam discusses the links between the environment and human security in the context of South Asia. The thesis which emerges from his discussion is that there is a need to focus on poverty as the primary, but not sole, motor of human insecurity. Najam draws the following concrete lessons from South Asia: (i) environment and security are best conceptualized within the context of sustainable development; (ii) the challenge of environment and security in South Asia is principally a challenge to the domestic, even local, level which, however, is common to the region; (iii) the challenge of environment and security in South Asia is not just a problem of resource endowments or geography but the problem of institutions and governance; (iv) there is little potential for inter-state violence in South Asia over environmental issues but the latter issues should not, as a result, necessarily be

neglected; and (v) there is some potential for a regional consensus over environment and human security issues which could also lead to more cultural trust, harmony, and cooperation in the region.

Ashok Swain stresses that there is an increasing scarcity of arable land, forests, fresh water, clean air, and fisheries. Pollution on these scarce resources worsens the picture. In order to prevent inter-state conflict over these scarce resources, cooperation is necessary and equal distribution of the resources to be aimed at. However, consensus alone over the approach to environmental issues does not suffice to solve them. Political integrity is needed in addition, as the examples of the successful 1996 Agreement between India and Bangladesh over the Ganges River and the failure of the 1960 Agreement between India and Pakistan over the Indus River show.

In chapter VI. (Regional Cooperation), Niaz A. Naik enumerates the major causes of conflicts and tension in South Asia: inter-state conflict, internal instability, terrorism, drug trafficking, arms sale, migration, trafficking in women and children, and the spread of HIV/AIDS. While SAARC has not been making much progress in establishing an effective platform based on which the South Asian countries could address their common problems, the author nevertheless suggests that countries use SAARC as a starting point for an enhanced collective attempt to build a consensus on a common agenda for peace, security, and development. Based on a comparison of SAARC with other existing models of multilateral cooperation such as the Conference on Security and Cooperation in Europe, the Association of South East Asian Nations' Regional Forum, the Shanghai Cooperation Organization, the Conference on Interconnection and Confidence Building Measures in Asia, and the Asian Cooperation Dialogue, the author argues that it is the absence of an institutionalized security mechanism which has hindered South Asian regional stability. He suggests the establishments of a security organization for South Asia to move from a process of informal political consultations to an effective framework for communication about, and decision on, the multidimensional security challenges to the region.

Nihal Rodrigo points out that there are too extreme views of SAARC: the first maintains that SAARC is ineffectual and incapable of responding to the challenges facing South Asia; and the second praises SAARC as the only functioning intergovernmental organization in South Asia and, therefore, the only existing platform of cooperation on security issues. In the view of the author, the reality of SAARC lies in between the two views. In its day-to-day work, SAARC has retained its primary focus on social economic matters and so far resisted intervention and intercession from outside the region on political issues.

Chapter VII. (Human Security) starts with a perspective of children and women in South Asia by Manzoor Ahmed. South Asia's record of human development indicators is extremely poor even compared to developing countries. It is especially bad in terms of women's and children's education, health care, access to clean water and sanitation, and special protection for those with special needs. To improve the situation, the author points to strengthening governance in South Asia includ-

ing promoting a strong civil society and redistributing resources. Time and again, the role of the United Nations as the forum for setting moral and legal standards to solve women's and children's problems is emphasized.

Santosh Mehrotra discusses whether the worst malnutrition (in children) is linked to the worst gender discrimination (in girls and women) in the world. 50 percent of the world's malnourished children are found in just three countries: Bangladesh, India, and Pakistan. From a cross-regional perspective, there is however a lower mortality of children in South Asia despite higher child malnutrition rates. While children in South Asia have better access to modern medical care than children in other regions, they are not well fed. Their malnutrition begins already during their mother's pregnancy. Systematic gender discrimination of girls when they grow up in addition to frequent diseases, and bad environmental hygienic conditions during their lifetime as a result of urbanization complete the negative picture. The author recommends a strengthening of the public health systems in their quality, eliminating the discrimination against women and children, and bringing health and food programs closer to the women and children in cities and rural areas.

Rekha Datta complements the chapter on human security by adding that self-employment in women (i.e. an employment status without regular salaries, without insurance against injury, or health benefits) and employment of children under the legal age for employment constitute the major human security threats in South Asia. She highlights the important role for non-governmental organizations in bringing these issues to light, raising public awareness about them, and addressing them proactively. In a case study on SEWA (the Self-Employed Women's Association), she describes how SEWA has provided access to resources, capital, knowledge and skills building, use of technology, health care, savings for capital and security, and literacy for the disadvantaged women in India, in partnership with the International Labour Organisation (ILO). Another successful case study concerns the Development of Women and Children in Rural areas (DWCRA) programme which is helping reduce harmful child labor, again in partnership with the ILO. Datta finally pleads for more integration of grass-roots activism into the national, regional, and global policymaking.

The chapter VIII. on "9/11", Afghanistan and South Asia begins with Samina Ahmed's contribution on the links between the post-Taliban stability in Afghanistan and South Asian security. Listing the multiple challenges of Afghanistan's transitional administration (e.g. alienated ethnic actors' lack of sympathy for the new government; war lords still controlling their territories; fights prevailing over the rule of law; and a slow pace of reconstruction further hampering reconciliation), she deplores the reluctance of the international community to expand their security presence beyond Kabul as well as the reluctance to invest in the reconstruction of Afghanistan on a larger scale.

Mohammed Ayob analyzes the Pakistani-Afghan relations which have until recently been based on Islamic extremism until the Western intervention after "9/11" broke it up. Ayob points out that the newly established governments in

Afghanistan and Pakistan are nevertheless very fragile and will not be able to address all their internal problems (from war lords to drug trade) if, in addition to Western support, adequate support from other countries such as India and Iran is not forthcoming.

Amin Saikal notes that “9/11” and the U.S. response to it have had a profound impact on the political and strategic landscape of Central, West and South Asia, altering key geopolitical configurations in the area. The U.S. has become the predominant great power in the area. However, this new geopolitical constellation can only be maintained if the U.S. and its allies remain fully engaged in Afghanistan for the next five to ten years. In the view of the author, such medium-term to long-term engagement can only be realized based on a multilateralist approach as opposed to a unilateral one.

In the last chapter under the title “Towards a Bright Future”, Samina Yasmeen picks up again on the difficult relationship between India and Pakistan. She suggests that the historic animosity between these two countries needs to be overcome in order to secure a more prosperous and peaceful South Asia. As in both countries the orthodox school of thoughts dominates politics over moderate schools of thought, Yasmeen believes that in the short-term external actors should facilitate mediation of political disputes between the two countries, while the United Nations should play a longer-term part, addressing the root causes of instability such as poverty, population growth rates, environmental degradation and the AIDS epidemic.

Gopalaswami Parthasarathy, on the contrary, argues that the South Asian countries must themselves make more efforts to overcome tensions among them. In his view, the key to the reduction of tension is economic integration. Realizing an economic union in South Asia by 2020 would facilitate conflict resolution over issues such as Kashmir, the continuous bone of contention between India and Pakistan. Regional economic integration would promote people-to-people contact, a greater cultural understanding, and create a climate conducive to dialogue, while, at the same time, an increase in intra-regional trade and intra-regional investment would promote economic wealth in the region.

Sabine Schlemmer-Schulte, Heidelberg

**Then de Lammerskötter, Rosario: WTO und Regional Trade Agreements (RTAs).** Artikel XXIV und die *enabling clause* im Lichte eines idealen Regulierungssystems. Münster: LIT Verlag (2004), (Europäisches und internationales Integrationsrecht, Bd. 6, hrsgg. von Thomas Bruha und Stefan Oeter) 341 S. € 29,90

Das Spannungsverhältnis von universaler und regionaler wirtschaftlicher Integration zeigt sich in dem raschen Wachstum von RTAs (bzw. “*regional integration agreements*”, RIAs) seit Anfang der 1990er Jahre; die große Mehrzahl der WTO-Mitglieder gehört einem oder mehreren solcher Abkommen an. Bis Ende 2002 waren ca. 250 Verträge dem WTO-Sekretariat notifiziert; bis Ende 2005 könnten wohl 300 abgeschlossen sein. Die 4. Ministerkonferenz (Doha, November 2001)

verlautete in Ziff. 29 ihrer "declaration": "We also agree to negotiations aimed at clarifying and improving disciplines and procedures under the existing WTO provisions applying to regional trade agreements. The negotiations shall take into account the developmental aspects of regional trade agreements." Das Ziel, die Verhandlungen bis Anfang 2005 abzuschließen, wurde freilich nicht erreicht. Im Wesentlichen konnte bisher in der Negotiating Group on Rules nur die "issue-identification phase" vorangebracht werden.

Wie ein Register (mit Stand Juni 2002) im Anhang des hier besprochenen Buches veranschaulicht, sind RTAs gerade auf dem amerikanischen Kontinent weit verbreitet. Ihnen widmet denn auch Frau The n d e L a m m e r s k ö t t e r ihr besonderes Augenmerk. Freilich beschränkt sie sich auf die warenbezogenen Regeln des GATT und klammert die komplementäre Dienstleistungsvorschrift (Art. V GATS) fast völlig aus. Ziel ihrer Untersuchung ist es, Art. XXIV GATT und die 1979 zugunsten von Entwicklungsländern beschlossene "enabling clause" in einer induktiven Vorgehensweise "ausführlich zu analysieren und Vorschläge zu einer Verbesserung der existierenden WTO-Regulierung zu erarbeiten" (S. 37).

Teil 1 befasst sich mit der "Natur der RTAs" und verspricht eine "juristische Analyse am Beispiel der RTAs auf dem amerikanischen Kontinent". Bereits die an den Anfang gestellte Definition zeigt allerdings, dass die Beschränkung auf Waren-Handel kaum sinnvoll (und durchzuhalten) ist. Für den europäischen Leser instruktiv ist hier die zusammenfassende Darstellung der wichtigsten Abkommen in der (Welt-)Region, einschließlich des FTAA-Projekts. Dass in diesem – etwa in der NAFTA als dem ersten Nord-Süd-RTA (S. 79) – vielfach breiter ansetzende Vorschriften enthalten sind, wird freilich allenfalls gestreift. Wenn in der Folge vier "typische Eigenschaften aus juristischer Sicht" aufgezeigt werden, so verwundert doch, dass hierbei weithin auf ökonomische Literatur abgestellt wird. "Konstant" bei allen RTAs seien – so das Fazit (S. 109) – "dynamische" und "komplexe Strukturen", eine "beschränkte Liberalisierungsfähigkeit" sowie "uneinheitliche Effekte"; der rechtliche Mehrwert solcher Aussagen bleibt eher diffus.

Teil 2 widmet sich dann der "WTO und de(m) Freihandel von Gütern". Eingangs gibt The n d e L a m m e r s k ö t t e r einen eher allgemeinen Überblick über die hierbei von der Welthandelsorganisation eingenommene "Rolle", um dann (kurz) das Verhältnis von Art. XXIV GATT zur Meistbegünstigungsregel und (eingehender) die Bedeutung von RTAs als "Freihandelstreiber" darzustellen, mündend in die Feststellung, um dem Risiko einer Schwächung des WTO-Systems zu entgehen, müsse es Strategie der Organisation sein, durch eine "wirksame Regulierung der RTAs" deren positive Effekte zu fördern und negative Effekte so weit wie möglich zu vermeiden. Auch dies ist wenig mehr als ein Gemeinplatz, der jedoch zum Anlass genommen wird, Überlegungen zu einem "idealen Regulierungssystem" anzustellen. Anforderungen hieran werden aus der Sicht der Normadressaten, des Normgebers und im Hinblick auf den angemessenen "Zeitpunkt" (eher: "Zeitraum") formuliert und letztlich in zwei Graphiken (S. 155, 157) zusammengefasst. Wesentliche Aufgaben müssten sein, den Abbau von Handelsbeschränkungen (und -verzerrungen?) zu fördern und den Aufbau neuer zu vermeiden. Zu ver-

langen sei ferner eine Offenheit für dritte Staaten. Eine Kontrolle dürfe sich nicht nur auf die Startphase eines RTA beziehen. Als "weitere Erfolgsfaktoren" werden genannt die "Anwendung eines breiteren Konzepts von RTAs", die "Vermeidung von Blockierungsrisiken" und die "Berücksichtigung der gesamten WTO-Strategie", was allerdings nur sehr vage erläutert wird (S. 152).

Im dritten und letzten Teil geht es dann um den Abgleich von Ideal und normativer Realität. Zu diesem Zweck werden zunächst die relevanten Absätze des Art. XXIV GATT und dann die einzelnen Ziffern der "*enabling clause*" fast lehrbuchartig (unter Heranziehung der eher kargen Streitbeilegungspraxis) dargestellt. Sie werden schließlich – dem "logischen Aufbau" des zuvor festgelegten idealen Systems folgend – auf ihre Stärken und Schwächen hin näher betrachtet. Die Detailanalyse mündet jeweils in eine "Schlussbetrachtung und Vorschläge". Then de Lammerskötter kritisiert vor allem die mangelnde Abstimmung von Art. XXIV mit der "*enabling clause*", bei Art. XXIV die "Zwei"-(wohl: "Mehr"-) Deutigkeit – wesentlicher Termini wie "*substantially all the trade*" und "*other regulations of commerce*"; sie fordert klarere Normen und bessere bzw. weiter reichende Kontrollen, die möglichst in die Streitbeilegung und den Trade Policy Review Mechanism zu integrieren seien.

Die "Schlussbetrachtung" fasst die wesentlichen Ergebnisse noch einmal zusammen, ohne diese jedoch mit dem Vorigen näher zu verzahnen oder sie eigenständig unterzugliedern; dem Anhang folgt ein englisches Summary.

Die bei M. Hilf entstandene Dissertation hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck, wobei einige sprachliche Unebenheiten noch der geringste Mangel sind. Schwerer ins Gewicht fällt, dass Then de Lammerskötter es versäumt, ihre (theoretischen und generellen) Überlegungen für die anfangs skizzierten RTAs der westlichen Hemisphäre fruchtbar zu machen, stattdessen in Teil 3 bei allgemeinen Anregungen stehen bleibt, so dass die einzelnen Teile des Werks trotz zahlreicher Querverweise nicht abgerundet erscheinen. Auch eine Diskussion des umfassenderen Ansatzes von Weiß/Herrmann, Welthandelsrecht, 2003, § 13, unterbleibt. So trägt die Arbeit zwar vielfältiges Material zusammen – das jedoch nicht durch ein Sachregister erschlossen ist –, vermag aber nur bedingt konkrete Vorschläge für eine Fortbildung des WTO-Rechts zu bieten. Ludwig Gramlich, Chemnitz